



Interviews

Datum: 24. November 2022

Janine Wissler im Gespräch mit Friedbert Meurer

Friedbert Meurer: Gegen diesen Kompromiss beim Bürgergeld ist die Partei Die Linke, unter anderem diese Partei. Janine Wissler ist ihre Co-Vorsitzende und jetzt zugeschaltet. – Schönen guten Morgen, Frau Wissler.

Janine Wissler: Guten Morgen.

Meurer: Wenn wir vielleicht mit den Regelsätzen anfangen. Immerhin diese 53 Euro mehr ist eine Steigerung von fast zwölf Prozent. Da würde jeder Arbeitnehmer sich freuen über so eine Quote. Sie nicht. Warum diese heftige Kritik an den Regelsätzen?

Wissler: Ja! Das Problem ist, dass die Regelsätze damit immer noch viel zu niedrig sind und keinesfalls armutsfest. Man muss ja sehen, wir haben eine Inflation von zehn Prozent. Der Hartz-IV-Regelsatz ist in diesem Jahr um nur drei Euro erhöht worden, für Kinder sogar nur um zwei. Das heißt, die Leute hatten wirklich riesige Probleme mit den Preissteigerungen und es gibt Berechnungen, die besagen, dass der Hartz-IV-Regelsatz mindestens um 200 bis 230 Euro erhöht werden müsste als Soforterhöhung, dass das notwendig wäre. Das sind Berechnungen der Sozialverbände. Deswegen ist das viel zu niedrig, diese 53 Euro, die jetzt als Erhöhung kommen.

Meurer: Das wären bei Ihnen, wenn ich die 500 und die 200 zusammenzähle, 700 plus. In Ihrem Parteiprogramm haben Sie sogar 1200 Euro Grundsicherung pro Person stehen. Bleibt es dabei?

Wissler: Ja, natürlich! Ich meine, das eine ist, was jetzt sofort notwendig wäre, und es wäre sofort nötig, die Regelsätze deutlicher zu erhöhen. Aber was für uns das Ziel ist, ist wirklich die Überwindung dieses Hartz-IV-Systems, und das tut dieses Bürgergeld-Gesetz überhaupt nicht. Wir wollen eine Mindestsicherung einführen, die eine völlig andere Systematik hat als Hartz IV oder jetzt in Bürgergeld umbenannt, eine Mindestsicherung von 1200 Euro, die wirklich für alle Menschen in diesem reichen Land ein Leben oberhalb der Armutsgrenze garantiert.

Meurer: Frau Wissler, Mindestsicherung 1200 Euro. Wenn man jetzt eine vierköpfige Familie nimmt, wie sieht dann die Rechnung aus? 1200 für jeden Erwachsenen und dann noch mal fünf-, sechshundert für jedes Kind. Dann sind wir bei dreieinhalb tausend Euro netto.

Wissler: Na gut, aber das würde auch bedeuten, dass es eine ganz andere Systematik gäbe, dass da gewisse Zuschläge nicht mehr drin sind. Das würde es zum einen bedeuten und zum anderen finde ich in der Tat wichtig, dass wir beim Thema Kindergrundsicherung vorankommen, weil das hat jetzt leider die Ampel auf die lange Bank geschoben. Die Kindergrundsicherung ist nach wie vor nicht beschlossen und das ist uns total wichtig, weil Kinder haben in dem ganzen Hartz-IV-System überhaupt nichts zu suchen. Bei Hartz IV ging es um die Vermittlung in den Arbeitsmarkt und um Menschen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Das heißt, für Kinder wäre es sowieso dringend notwendig. Aber wir wollen dieses ganze System verändern, eben nicht, man hat einen sehr niedrigen Regelsatz, man hat dann die Kosten der Unterkunft, man hat dann ein Bildungs- und Teilhabepaket, man hat dann das andere, was man immer wieder beantragen kann. Das ganze System wollen wir verändern und sagen, wir wollen eine Grundsicherung, die wirklich vor Armut schützt. Das ist dringend notwendig, weil wir müssen ja sehen, dass viele Menschen, die im Hartz-IV-Bezug sind, arbeiten, viele Aufstocker sind, das heißt gerade Menschen, die nicht in der Lage sind, in Vollzeit zu arbeiten, aus welchen Gründen auch immer, häufig Alleinerziehende, die in diesem Hartz-IV-System drin sind und in Armut leben.

Meurer: Aber, Frau Wissler, verstehen Sie den Frust, weil Sie gerade sagen, die in Arbeit sind, wenn die sagen, warum soll ich noch arbeiten gehen, wenn nach Ihrem Modell für eine vierköpfige Familie 3600 ungefähr rauskommen? Sie sagen, da ist Wohngeld etc. mit einbegriffen. Aber die sagen, es muss sich doch lohnen, dass ich mich morgens um fünf, sechs, halb sieben aus dem Bett quäle?

Wissler: Ja! Aber die Frage ist: Die Menschen, die heute zu niedrigen Löhnen arbeiten, die haben ja nichts davon, wenn es anderen schlechter geht. Was wir jetzt erst mal bei dieser Hartz-IV-Reform sagen, ist: Das Problem ist, die Sanktionen bleiben bestehen, die niedrigen Regelsätze bleiben bestehen, die Zwangsumzüge bleiben bestehen. Es ist keine echte Reform von Hartz IV. Was wir jetzt fordern, ist: Schluss mit den Sanktionen und eine sofortige deutliche Erhöhung der Regelsätze. Aber perspektivisch wollen wir dieses ganze Hartz-IV-System umbauen. Das ist unsere Position. Aber natürlich müssen wir auch an den Niedriglohnbereich herangehen. Das ist doch vollkommen klar. Schluss mit der sachgrundlosen Befristung. Wir müssen den Mindestlohn erhöhen. Wir müssen die Tarifbindung ausweiten, zum Beispiel durch Tariftreue und Vergabegesetze. Aber es ist doch wichtig, dass nicht die Menschen, die allesamt wenig haben, nämlich

Sozialleistungsbezieher und Niedriglöhner, gegeneinander ausgespielt werden, sondern dass wir auf die andere Seite gucken, nämlich auf die sehr, sehr hohen Einkommen und auf die sehr, sehr hohen Vermögen. Das ist doch notwendig, dass wir hier zu einer Umverteilung kommen und nicht zu einem Wettbewerb quasi nach unten, weil wie gesagt, wer wenig verdient und kaum über die Runden kommt, hat nichts davon, wenn die alleinerziehende Mutter zwangsumziehen muss oder wenn ihr Leistungen gekürzt werden, weil sie einen Termin verpasst hat.

Meurer: Jetzt sagen diejenigen, die das verteidigen, die Ampel, es geht nicht nur ums Geld. Es geht darum, dass man den Menschen, die keine Arbeit haben, hilft, wieder einen Job zu finden, und da gäbe es doch einen großen Systemwechsel, nämlich beim Bürgergeld geht es nicht mehr in erster Linie um Vermittlung, sondern künftig in erster Linie um Weiterbildung und Qualifikation. Ist das für Sie ein qualitativer Sprung nach vorne?

Wissler: Das ist ein Fortschritt, ja. Das haben wir auch immer deutlich gemacht, dass das etwas ist, was sinnvoll ist. Von daher sehen wir das natürlich, dass es in der Tat darum gehen muss, Menschen weiterzuqualifizieren, und dass es nicht darum geht, sie um jeden Preis in welche Arbeit auch immer zu bringen. Das ist richtig. Aber eine Ablösung des Hartz-IV-Systems hätte bedeutet, wirklich deutlicher an die Regelsätze heranzugehen. Das hätte bedeutet, die Sanktionen abzuschaffen, die Zwangsumzüge. Das ist uns wichtig und das ist jetzt in dieser Gesetzesnovelle nicht angepackt worden.

Natürlich muss das Ziel sein, Menschen so zu fördern, dass sie wieder in Arbeit kommen. Wir glauben nur, dass diese Gängelung, diese Stigmatisierung, oder gerade auch die Debatte, die wir in den letzten Tagen wieder erlebt haben, dass das überhaupt nicht dazu beiträgt, und auch dieses Damoklesschwert der Sanktionen, dass man Menschen noch unter das Existenzminimum herunterkürzt, dass das nicht dazu führt, dass Menschen dadurch besser in Arbeit kommen. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass es viele Menschen im Hartz-IV-Bezug gibt, die zum Beispiel chronisch krank sind, die gar nicht in Vollzeit arbeiten können, oder die alleinerziehend sind und deshalb nicht in Vollzeit arbeiten können, und da hilft es doch überhaupt nicht, die Menschen zu sanktionieren. Das halten wir für menschenunwürdig.

Meurer: Das können die Beschäftigten in den Jobcentern vielleicht am besten beurteilen. Wenn ich das richtig interpretiere, dann sagt man gerade da bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ohne Druck geht es nicht. – Was ist Ihre Antwort?

Wissler: Ja, diese Einschätzung teilen wir nicht, weil es ist so, dass es ohnehin so ist, dass von den Menschen im Hartz-IV-Bezug ungefähr drei Prozent überhaupt sanktioniert werden.

Die allergrößte Mehrheit wird nicht sanktioniert im Hartz-IV-Bezug. Ich will noch mal darauf hinweisen, auch auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das dem ja einen Riegel noch mal vorgeschoben hat und gesagt hat, ein Existenzminimum, davon kann man nicht abgehen. Ich fände ganz wichtig, das wäre ein allererster Schritt, dass Familien oder Haushalte, in denen Kinder leben, schon mal überhaupt nicht sanktioniert werden dürfen. Sie müssen sich das praktisch vorstellen. Sie leben von einem Hartz-IV-Regelsatz, der derzeit bei 449 Euro liegt, und dann versäumen Sie einen Termin oder Sie verletzen die sogenannten Mitwirkungspflichten. Dann wird Ihnen dieser Mini-Regelsatz noch heruntergekürzt. Das bringt ja ganze Halshalte, ganze Familien stellt das komplett auf den Kopf, wo die Leute nicht mehr wissen, wie sie Ende des Monats eine warme Mahlzeit für ihre Kinder bereitstellen sollen. Das darf es nicht geben.

Meurer: Das mit den Sanktionen wird auch von Ihrem Parteifreund Bodo Ramelow, Ministerpräsident in Thüringen, kritisiert. Aber dem Ampel-Modell hätte er zugestimmt. Sie auch?

Wissler: Der Gesetzentwurf der Ampel ist total dürrtig gewesen und wirklich unzureichend. Mit einer Überwindung von Hartz IV, was eigentlich versprochen wurde, hat das überhaupt nichts zu tun. Der Name ändert sich, aber es ist keine grundlegende Reform. Dennoch hat der Gesetzentwurf der Ampel einige Verbesserungen gehabt. Das hat nicht die Sanktionen aufgehoben, aber es hat dort ein paar Verbesserungen zumindest durch die Vertrauenszeit, und auch dieses Moratorium, dass Menschen zwei Jahre nicht zwangsumziehen müssen, war ein Vorteil. Jetzt muss man sagen, dass die Union durch den Vermittlungsausschuss wirklich diesen Gesetzentwurf drastisch verschlechtert hat und wirklich dort eine Kampagne gemacht hat, und deswegen ist er deutlich schlechter geworden.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.